



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 04. Juli 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Letzte Woche wurden mehr als 10.000 Fliehende im Mittelmeer gerettet. Auf Grund eines scheiternden wenn nicht fehlenden europäischen Verteilverfahrens nimmt Italien die Mehrzahl der Ankommenden auf. Seit Längerem signalisierte es den anderen EU-Mitgliedsstaaten, dass es Unterstützung benötige. Nun drohte die Regierung mit einer Hafensperre. Alle Seenotrettungsboote, die nicht unter italienischer Flagge fahren, staatliche wie nichtstaatliche, könnten dann nicht mehr an den Häfen des Landes anlegen. Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach daraufhin, zu helfen und ließ sich zu der Aussage hinreißen, dass auf „dem Rücken der Flüchtlinge“ keine Politik gemacht werden dürfe. Gemeinsam mit ihrem französischen Kollegen dachte sie dann laut über noch mehr Gefangenenlager in Libyen nach sowie über die Kontrolle der libyschen Südgrenze. Außerdem müssten Rettungsorganisationen einen „Verhaltenskodex“ oktroyiert bekommen. PRO ASYL kritisierte die Pläne Deutschlands, Frankreichs und Italiens, die EU-Grenzen nach außen zu verlagern. Dies sei der „größte Angriff auf das europäische Asylrecht seit Gründung der EU.“

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-06/fluechtling-italien-hafensperre-abweisung>  
(29.06.17)

<https://www.tagesschau.de/ausland/italien-hafenverbot-fluechtlinge-103.html> (29.06.17)

[http://www.deutschlandfunk.de/bootsfluechtlinge-deutschland-und-frankreich-sagen-italien.1939.de.html?drn:news\\_id=764189](http://www.deutschlandfunk.de/bootsfluechtlinge-deutschland-und-frankreich-sagen-italien.1939.de.html?drn:news_id=764189) (03.07.17)

<http://www.zeit.de/news/2017-07/03/deutschland-pro-asyl-wirft-berlin-paris-und-rom-angriff-auf-asylrecht-vor-03105807> (03.07.17)

#### *Bund, Land, Kommune*

- Obwohl vergangene Woche alle Ehe und Familie für Alle feierten – und der Freitag sicherlich ein historischer Tag war – gehört zur Wahrheit, dass sich letzte Woche wieder zeigte, dass Menschenrechte eben doch nur vollumfänglich als Bürger\*innenrechte gelten können. Denn erneut wurde letzte Woche die Wiedereinsetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte von Union und SPD im Bundestagsinnenausschuss abgelehnt. Inzwischen sind Fälle bekannt, wo sich Familienmitglieder von sich bereits in Deutschland befindlichen subsidiär Schutzberechtigten auf die Flucht begaben und in der Ägäis ertranken.

<http://www.migazin.de/2017/06/29/innenausschuss-keine-entscheidung-bundestag->

[familiennachzug/](#) (29.06.17)

- Die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ fordert eine humanere Asylpolitik, das Ende der mangelhaften Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie Abschiebestopps nach Afghanistan sowie die Dublin-Staaten Bulgarien, Ungarn und Italien. Auch gegen Kettenabschiebungen über Norwegen nach Afghanistan (s.u.) spricht sich die BAG aus. All diese Faktoren führten zu einem Anstieg der Menschen im Kirchenasyl. Derzeit gäbe es bundesweit 309 Kirchenasyle mit mindestens 512 Menschen. Die Kirchenvertreter\*innen berichten von einem zunehmenden, politischen Druck, der auf das Kirchenasyl ausgeübt werde. Von Ermittlungsverfahren bis zur gedrohten Räumung des Kirchenasyls reiche die Palette. Gleichzeitig wird betont, dass das Kirchenasyl nur ein Korrektiv im Rechtsstaat sein könne und keine Lösung für strukturelle Probleme der Asylpolitik sei.  
<http://www.fr.de/rhein-main/fluechtlinge-zahl-der-kirchenasyle-steigt-a-1306989> (03.7.017)
- Das BAMF hat Entscheidungen über Asylanträge von Menschen mit afghanischer Staatsbürgerschaft gestoppt. Die Behörde wolle abwarten, bis die Bundesregierung einen neuen Bericht über die Sicherheitslage Afghanistans verfasst habe. PRO ASYL fordert die Überprüfung aller seit April 2016 ausgestellten Bescheide. Seitdem habe der UNHCR von einer verschärften Sicherheitslage im Land gesprochen.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/bamf-afghanistan-abschiebung-entscheidung-bundesregierung#comment-form> (01.07.17)
- Das Aktionsnetzwerk „Protest LEJ“ demonstrierte am vergangenen Mittwoch vor dem Leipziger Flughafen. Von dort sollte ursprünglich eine Abschiebung nach Afghanistan am selbigen Tag stattfinden, diese wurde aber aus nicht plausiblen Gründen verschoben. Angeblich wegen der nicht funktionsfähigen deutschen Botschaft. Die wurde aber bereits Anfang Juni bei einem Bombenanschlag zerstört. Etwa 100 Menschen protestierten dennoch in Leipzig für einen Stopp aller Abschiebungen denn verschoben heißt nicht abgesagt. Das Aktionsnetzwerk kritisierte zudem, dass die Rhetorik des „Abschiebens nur von Straftäter\*innen“ falsche Implikationen hervorrufe. Die meisten Menschen werden wegen kleiner Vergehen straffällig. Der Ausdruck ruft aber häufig Assoziationen wie Mord und Terrorismus hervor. Am vergangenen Montag meldete dann die SZ, dass Menschen afghanischer und somalischer Staatsbürgerschaft im Rahmen der Dublin-Verordnung nach Norwegen abgeschoben wurden. Norwegen aber schiebt rigoros nach Afghanistan ab. Diese Praxis wird als „Kettenabschiebung“ und „Abschiebung über Umwege“ kritisiert.  
<https://www.sonntag-sachsen.de/trotz-absage-leipziger-wollen-gegen-afghanistan-abschiebung-protestieren> (26.06.17)  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-aus-afghanistan-abschiebung-ueber-umwege-1.3560069> (26.07.17)  
<http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Demo-gegen-Abschiebungen-am-Leipziger-Flughafen> (28.06.17)
- Die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, wünscht sich in Sachsen ein „besseres gesellschaftliches Klima“ für geflüchtete Menschen und kritisiert rassistisch motivierte Demonstrationen und Übergriffe. Viele der geflohenen Menschen würden erneut regelrecht aus Sachsen fliehen.  
<https://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Koeping-Sachsen-braucht-besseres-Klima-fuer-Fluechtlinge-artikel9938839.php> (27.06.17)
- Nach Schätzungen derselben Ministerin sind etwa 3.500 Geflohene in Sachsen volljährig, haben aber keinen Schulabschluss. Sie möchte noch vor Beginn des Schuljahres eine Lösung für diese Menschen finden. Dafür muss aber die sächsische Staatskanzlei, das ist der Amtssitz des Ministerpräsidenten, noch ein Konzept vorlegen. Die prüft aber noch und kann keinen zeitlichen Rahmen angeben.  
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/schulpflicht-fluechtlinge-100.html> (29.06.017)

- Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen „Mission Lifeline“, ein Verein, der kurz vor dem Ziel steht um mit einem durch Spenden erworbenen Schiff Fliehende im Mittelmeer zu retten. Dresden sticht erneut durch seine bundesweite Einzigartigkeit hervor. <http://www.taz.de/Anzeige-gegen-Dresdner-Seenotretter/!5421215/> (27.06.17)  
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/ermittlungen-gegen-verein-aus-dresden-wegen-versuchs-des-einschleusens-von-auslaendern-100.html> (29.06.17)

## Hintergrund und Meinung

- Die Kinder- und Jugendpsychotherapeutin Birgit Baumann berichtet in der *Zeit* über einen ihrer Patienten, afghanischer Staatsbürgerschaft. Sie beschreibt, wie er einerseits versucht mit den Traumata aus Krieg und Flucht zu leben, wie diese sich aber andererseits wieder verstärkt haben, nachdem er im Mai eine Komplettablehnung vom BAMF erhalten hat. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-06/fluechtlinge-psychotherapie-traumatisierung-afghanistan-angst> (28.06.17)
- Ausführlich berichtet Hanna Voss in der *taz* über die Situation Geflüchteter afghanischer Staatsbürgerschaft anhand eines Ehepaars in Leipzig. Sie gibt Einblick in eine Verhandlung am Verwaltungsgericht über die Klage gegen einen abgelehnten Asylbescheid, vom sich regenden Widerstand gegen die Abschiebungen in das unsichere Land innerhalb der afghanischen Community sowie der Unterbringungssituation in der Stadt. Mit Zitat des Sächsischen Flüchtlingsrats: <http://www.taz.de/!5422073/> (29.06.17)
- Unglaublich irrsinnige und niederträchtige Textbeispiele aus Bescheiden des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hat Anja Seuthe vom *Migazin* gesammelt. <http://www.migazin.de/2017/07/03/asylbescheid-bisher-ist-kein-rueckkehrer-an-hunger-gestorben/> (03.07.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe